INFORMATIONSRUNDBRIEF DES SOZIALISTISCHEN BÜROS

Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6o5o Offenbach 4, Telefon 0611/832593
Sonderblatt - Obersensbach, 23. Juli 1978

An die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro

Liebe Genossinnen und Genossen,

am Wochenende 22./23. Juli 1978 fand in Obersensbach eine außerordentliche Sitzung des Arbeitsausschusses des SB statt. Anlaß für die Sitzung waren lokale bzw. regionale Beschlüsse für eine aktive Unterstützung von bzw. Beteiligung an bunten oder grünen Wahllisten. An der Arbeitsausschußsitzung nahmen 9 Arbeitsausschußmitglieder und 3 (nicht stimmberechtigte) SB-Sekretäre teil. 3 Arbeitsausschußmitglieder waren wegen Urlaub (2 Genossen) bzw. Krankheit (1 Genossin) verhindert. (Von den abwesenden AA-Mitgliedern hatte ein Genosse wissen lassen, daß er eine Stellungnahme des AA in dieser Frage für nicht erforderlich hält, die beiden anderen abwesenden AA-Mitglieder haben sich dafür ausgesprochen, daß der Arbeitsausschuß eine Erklärung abgeben sollte, in der gegen eine aktive Unterstützung bzw. Wahlteilnahme durch das SB im Rahmen von bunten oder grünen Listen bei Landtagswahlen Stellung genommen werden sollte.)

Der Arbeitsausschuß führte eine sehr intensive Diskussion, in der mögliches SB-Verhalten besonders aus Anlaß der anstehenden Landtagswahlen, aber auch im Hinblick auf ihre Folgewirkungen für die Bundestagswahlen kontrovers diskutiert wurde. Es wird ein Protokoll angefertigt, das die wesentlichsten Aspekte dieser Diskussion wiedergibt und allen SB-Gruppen in etwa 1o Tagen zugeht (das Protokoll wird selbstverständlich auf Anforderung auch jedem SB-Mitglied zugänglich gemacht).

Im Ergebnis seiner Diskussion wurde vom Arbeitsausschuß bei 6 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen die nachfolgende Erklärung beschlossen, die hiermit den Mitgliedern zugänglich gemacht wird, jedoch auch öffentliche Verbreitung finden soll. Eine Nein-Stimme richtete sich prinzipiell gegen die politische Stoßrichtung dieser Erklärung, da die Unterstützung von bunten oder grünen Wahllisten durch SB-Gruppen je nach den landesspezifischen Gegebenheiten zum einen legitim, zum anderen positiv zu bewerten sei. Die beiden anderen AA-Mitglieder, die gegen die Stellungnahme stimmten, hielten es vor allem für sehr problematisch, daß nachdem auf regionalen Mitgliederversammlungen Beschlüsse gefaßt wurden, die wie in Hessen über die FR bereits an die Öffentlichkeit gelangt sind, nun der Arbeitsausschuß öffentlich eine entgegengesetzte Position vertritt. Dem entgegen stand die Auffassung der übrigen Arbeitsausschußmitglieder, daß es hier um eine für das SB politisch außerordentlich zentrale Frage geht und daß der Arbeitsausschuß als von der Arbeitsgruppe gewähltes Gremium gewissermaßen verpflichtet sei, im Sinne der bisherigen Haltung des SB zu Wahlunterstützung bzw. Wahlbeteiligung gegenüber der gesamten ArbeitsgruppeSozialistisches Büro und dem politischen Umfeld des SB Position zu beziehen. Es müsse in dieser Hinsicht ein Kontrapunkt gesetzt werden, nachdem - ohne daß im Gesamt-SB eine gründliche Diskussion stattgefunden hat - vor allem durch die FR-Meldungen weit verbreitet der Eindruck entstanden sei, als fände im SB unwidersprochen und im Gegensatz zu seiner bisherigen Politik eine Umorientierung für eine Beteiligung an Landtagswahlen o.ä. statt.

Der Arbeitsausschuß ingesamt war sich darüber im klaren, daß seine Stellungnahme weder alle Fragen beantwortet noch alle Probleme erörtert, die mit dem Thema Wahl- und Parlamentsbeteiligung aufgeworfen sind. Die Stellungnahme ist als ein Positionspapier zu betrachten, das zur weiteren Diskussion steht.

Mit sozialistischem Gruß - Klaus Vack

ZUR KRITIK VON WAHLBETEILIGUNG UND PARLAMENTSORIENTIERUNG
STELLUNGNAHME DES ARBEITSAUSSCHUSSES DES SOZIALISTISCHEN BÜROS

In einigen Orten und Regionen (z.B. Hessen und Westberlin) haben SB-Versammlungen für eine aktive Unterstützung von bzw. Beteiligung an bunten oder grünen Wahllisten votiert. Damit ist die Frage aufgeworfen, ob das SB selbst an Wahlen teilnimmt oder sich gar zu einer eigenständigen Wahlpartei entwickeln könnte.

Der Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büros sieht sich in dieser Situation herausgefordert, an das basisorientierte Politikverständnis, nach dem das SB bisher gehandelt hat, zu erinnern und folgende Punkte innerhalb des Sozialistischen Büros und seines politischen Umfeldes zur Diskussion zu stellen:

Erstens

Ein abstraktes Nein zu Wahlen, Parlamenten, Parteien ist nicht erforderlich. Dennoch ist es wichtig, nicht zu vergessen, daß es genau die abgehobene, an die Interessen der Betroffenen nicht mehr rückgekoppelte Politik der Parteien in den Parlamenten war, die u.a. einzelne und Gruppen motiviert hat, im SB einen anderen politischen Ansatz zu probieren. Dieser besteht u.a. darin, daß man Politik nicht auf hohem gesellschaftlichen Niveau für diese oder jene Gruppierung bzw. im "volksparteilichen" Anspruch für alle macht. Vielmehr war es bisher unabdingbar für das SB-spezifische Sozialismus- und Demokratieverständnis, daß man Politik gemeinsam mit den jeweils Betroffenen betreibt.

Das SB setzte bislang gegen die verhängnisvolle - auch in der Linken weit verbreitete - Illusion, man müsse erst eine bestimmte Politik durchsetzen und könne sich danach darum kümmern, daß die Leute diese Politik auch einsehen. Wir wollten uns nicht auf den Pfad einer solchermaßen bürokratischen Politik begeben, deren verhängnisvolle Ergebnisse u.a. Rudolf Bahro in der "Alternative" treffend beschrieben hat.

Unabdingbare Voraussetzung aller Parteibildung von sozialistischer Seite in der BRD ist deshalb die Existenz einer realen Bewegung. Sie bedarf der Existenz einer politisch selbstbewußten Gruppierung, die sich ihres eigenen demokratischen Verfahrens absolut sicher ist. Denn die Institutionen der Wahl und des Parlaments bilden nicht Instrumente, die man beliebig benutzen kann. Die Form der Wahl - als der einzigen, offiziell zugelassenen Art der Beteiligung am großen politischen Geschäft - und die Form des Parlaments - als einem abgehobenen, zudem von der Exekutive weitgehend abhängigen Organ - bestimmen überwiegend darüber, welche politische Qualität erreicht werden kann, welche politischen Inhalte zur Sprache kommen können.

Das Risiko einer kleinen sozialistischen Gruppierung, sich in ihrer eigenen Politik zu verlieren, wenn sie sich auf die bestehenden Formen voll einläßt, ist also groß. Der "Marsch durch die Institutionen" kann schnell zum "Marsch der Institutionen durch uns" sich verkehren. Das Risiko einer Wahl- und Parlamentsbeteiligung wird aber zum sozialistischen Selbstmordversuch, wenn politisches Bewußtsein und politisches Verhalten im sozialistischen Sinne nur in verkümmerten Bruchstücken entwickelt sind.

Dieser Argumentationsrichtung wird u.a. entgegengehalten, sie besitze die richtige Analyse, setze aber strategisch falsch an. Zwar sei es richtig, daß sich die Linke in einem desolaten Zustand befinde und sich allenfalls zerstreute und in sich zersplitterte Absätze sozialistischen Bewußtseins und Verhaltens ausmachen ließen. Falsch aber sei es, darauf zu bauen, daß es gelingen könne, aus diesen Ansätzen heraus langsam und Schritt für Schritt eine sozialistische Bewegung in Gang zu setzen. Vielmehr komme es darauf an, bestimmte Positionen in dieser Gesellschaft und ihren Institutionen zu gewinnen und eine Plattform zu schaffen, um für linke und sozialistische Politik massenhaft werben zu können.

So attraktiv diese Argumentation, die auch jetzt für die grün-bunten Listen ins Feld geführt wird, auch sein mag, sie stellt u.E. eine verhängnisvolle Täuschung dar. Sie versucht, das demokratische Pferd am Schwanz seiner Repräsentation aufzuzäumen. Wie soll denn von errungenen Parlamentspositionen aus mobilisiert werden, es sei denn in den ausgelatschten Bahnen abgehobener Politik von oben nach unten? Wie soll denn - von den Formen ganz zu schweigen - auch nur von inhaltlichen Positionen her für sozialistische Politik geworben werden, wenn man nur über programmatische Konglomeratskonzerne, hinter denen völlig verschiedene Interessen stehen, in die Parlamentspositionen eingerückt ist? Welchen Erfolg verspricht man sich, wenn man im Parlament hin und wieder mit einer bunten Flickteppich-Fahne winken kann?

Der Effekt einer Wahl- und Parlamentsorientierung besteht hauptsächlich darin, daß die ohnehin geringen Ressourcen und Energien der Linken sich zunehmend auf Wahlkämpfe (und evtl. Parlamentsarbeit) fixieren werden. Selbst der Öffentlichkeitseffekt - der sich aktuell und spektakulär eingestellt hat - wird bald ausbleiben, es sei denn, man paßte sich ins herrschende Parteienkartell ein.

Zweitens

Die Stärke der Bürgerinitiativen (gegen Atomkraftwerke, für eine umweltbezogene Politik, für Selbstwahrnehmung sozialer und politischer Interessen) ist es vor allem, interessen- und basisnah zu agieren. Die Schwäche der Bürgerinitiativen ist es u.a., sich auf wenige - wenngleich wichtige - Probleme zu beschränken und lediglich punktuell aufzutreten. Aus dieser Stärke und Schwäche resultieren Einflußgrad und Einflußgrenze.

Auf der einen Seite ist es den Bürgerinitiativen gelungen, viele Bürger und in besonders betroffenen Regionen erhebliche Bevölkerungsteile zu mobilisieren und zu politisieren. Diese Wirkungen sind vor allem deshalb bedeutsam, da sie - im Vergleich z.B. zur studentischen Protestbewegung oder der sozialistischen Linken, wie sie gegenwärtig existiert - ein breites soziales Spektrum erreicht haben. Ihren Einfluß erzielen die Bürgerinitiativen eben deshalb, weil sie anders als die Parteien mobilisieren und weil sie sich bisher nicht in das Parteien- und Parlamentssystem inkorporiert haben.

Auf der anderen Seite erreichen die Bürgerinitiativen ihre Einflußgrenzen gerade an den abstrakten parteilich-bürokratischen Strukturen der westdeutschen Gesellschaft. Sie drohen, sich im Vorfeld politischer Entscheidungen totzulaufen. Diese Erfahrung,

wie wenig man z.B. auf lokaler Basis durchzusetzen vermag, die Erfahrung auch, wie rasch man auch mit konkreten Zielen scheitern kann, das Problem schließlich, wie man sich als Bürgerinitiative von einer kurzfristigen Aktion zur kontinuierlichen Interessenorganisation entwickeln kann, haben dazu geführt, daß Protagonisten aus den Bürgerinitiativen eine Wahlbeteiligung versuchen, in der Hoffnung, so den Einflußgrad zu verstärken.

Von ihrem Standpunkt scheint eine solche Motivation verständlich, wenn freilich die verständlichen Motive kaum den richtigen Weg führen werden. Daß durch solche Wahlbeteiligung ernsthaft Gefahren gerade für die Ziele und die eigenartige Stärke der Bürgerinitiativen heraufziehen, haben so auch viele Vertreter der Bürgerinitiativen erkannt und deshalb distanzierte Erklärungen zum Wahl- und Parteienbildungsproblem abgegeben.

Sozialisten aber muß daran liegen, den Politisierungsansatz der Bürgerinitiativen zu unterstützen. Sozialisten hätten den Bürgerinitiativen zu helfen, ihre Arbeit von der aufschäumenden Bewegung in eine zielgerichtete Kontinuität überzuleiten. Sozialisten müßten versuchen, analytisch und strategisch Probleme alternativer Technologie, Probleme einer nicht produktivkraft-fixierten Wirtschaft, Fragen nach alternativen Lebensformen angehen zu helfen.

In bezug auf Umweltschutz, Lebensqualität, soziale Probleme etc. gilt es deshalb, an erster Stelle die Basisansätze und-aktivitäten in den Bürgerinitiativen zu unterstützen. Wir halten es für notwendig, gegenüber dem Versuch der Zusammenfassung der Ökologiebewegung von oben durch bunte oder grüne Listen eigenständige kooperative Formen zwischen den Bürgerinitiativen von unten zu fördern. Eine weitere vordringliche Aufgabe ist es, die Ökologieprobleme mit denen der Arbeitsplatzvernichtung, Arbeitslosigkeit und generell der Arbeiterbewegung zu verknüpfen und die Zusammenarbeit von Bürgerinitiativen und fortschrittlichen Gewerkschaftern anzustreben. Die "Aktionskreise Leben" sind hierzu ein wichtiger strategischer Ansatz.

Sozialistisches Büro - Arbeitsausschuß

Presserechtlich verantwortlich: Klaus Vack Offenbach
Druck: hbo-druck Einhausen